



taz.die tageszeitung

AUSGABE BERLIN | NR. 9479 | 17. WOCHEN | 33. JAHRGANG

DIENSTAG, 26. APRIL 2011 | WWW.TAZ.DE

€ 1,90 AUSLAND | € 1,30 DEUTSCHLAND

HEUTE IN DER TAZ



SUSANNE ALBRECHT
Private Perspektive tödlicher Tat: Julia Albrechts und Corinna Pontos Buch über einen RAF-Mord > SEITE 16

AI WEIWEI Solidarität mit dem inhaftierten Künstler > SEITE 14, 17

BERLIN Klauen die Polen jetzt unsere Jobs? Ab 1. Mai herrscht Freizügigkeit > SEITE 21, 23

Foto links: Archiv, oben rechts: Apple

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

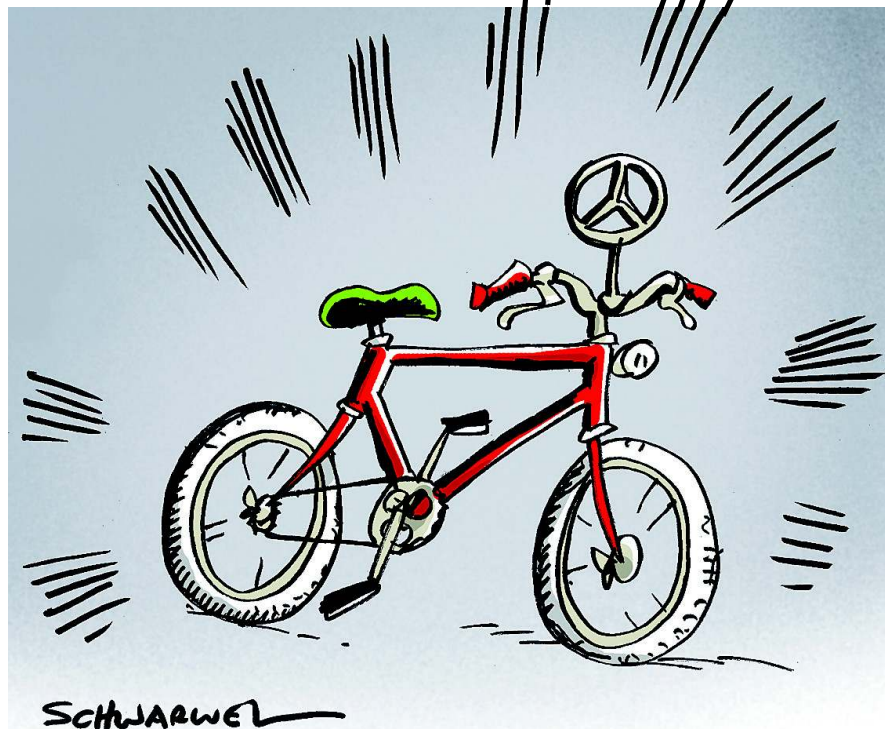
Bruchköbel, Brunsbüttel, Bielefeld! 80 Demonstrationen, Abermillionen Teilnehmer! Die Ostermärsche 2011 – ein Triumph! Jetzt fragen alle: Was war das Erfolgsrezept? **verbotten**-Experten analysieren: Entscheidend war, zwei Themen zu kombinieren. Hiroshima und Fukushima in einem – das zog, bewog und kam gut an. Um noch größere Massen zu bewegen, soll es nächstes Jahr neben dem Hauptteilnehmerfeld – für Frieden und gegen Atomkraft – Demoblöcke für **special interest groups** geben: für Frieden und für Atomkraft, gegen Frieden und gegen Atomkraft, gegen Frieden und für Atomkraft.

Dann wird sich wirklich niemand mehr drücken können.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 10.520 GenossInnen, die in die Pressefreiheit investieren.
Infos unter geno@taz.de oder tel. 030-25 90 22 13
Aboservice: tel. 030-25 90 25 90 fax (030) 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: tel. 030-25 90 22 38 / 90 fax 030-251 06 94, anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: tel. 030-25 90 22 22
Redaktion: tel. 030-259 02-0 fax 030-251 51 30, briefe@taz.de
taz, die tageszeitung
Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de

Grün-Rot tritt an



BADEN-WÜRTTEMBERG Die Regierung Kretschmann steht: Wie Grüne und SPD mit Energie, Ökolandwirtschaft, Bildung, höheren Steuern und weniger Autos punkten wollen

STUTTGART taz | Der Koalitionsvertrag zwischen Grünen und SPD in Baden-Württemberg ist nahezu perfekt. Der designierte Ministerpräsident Winfried Kretschmann und SPD-Verhandlungschef Nils Schmid stellten gestern mit dem Bereich Bildung den letzten „entscheidenden Kernpunkt“ (Kretschmann) vor. Grün-Rot verspricht nicht weniger als einen Politikwechsel. Für die Bildung bedeutet das die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen. Zudem sollen 1.500 Lehrer eingestellt

und soll die Zahl der Krippenplätze ausgebaut werden. Im Gegenzug wird die Grunderwerbsteuer um 1,5 Prozent angehoben. In der Industrie setzt die neue Landesregierung auf Betriebe, die umweltfreundliche Produkte herstellen. Was das für die Automobilindustrie heißt, machte Kretschmann deutlich: „Weniger Autos sind natürlich besser als mehr. Wenn die Automobilindustrie es nicht schafft, grüner zu werden, wird sie keine Zukunft haben“, sagte er *Bild am*

Sonntag. „Die Fahrzeuge, die wir bauen, sind in hohem Maße effizient“, konkret darauf ein Porsche-Sprecher. Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) lud Unternehmen ein, Investitionen statt in Baden-Württemberg künftig in seinem Bundesland zu tätigen. Eine Einigung erzielten die Koalitionäre auch im Bereich Straßenbau. Einzelheiten wurden noch nicht bekannt. Die Grünen wollten mehr Radwege fördern, die SPD will den Straßeneubau nicht vernachlässigen.

Als ein Kernpunkt von Kretschmanns Politikwende gilt die Förderung der Windenergie. Ihr Anteil soll von derzeit 0,8 auf 10 Prozent der Stromerzeugung wachsen. In der Landwirtschaftspolitik setzten sich die Grünen gegen die SPD durch und verhinderten Einsparungen. Künftig soll die Umstellung von konventioneller auf Ökolandwirtschaft gefördert werden. Beim Bahnprojekt Stuttgart 21 einigten sich die Partner auf eine Volksabstimmung. > Schwerpunkt SEITE 3

KOMMENTAR VON BETTINA GAUS

Viel mehr als ein Bahnhof

Der Koalitionsvertrag in Baden-Württemberg ist in trockenen Tüchern, die Unterschrift eine Formalität, und im Mai wird zum ersten Mal in Deutschland ein grüner Ministerpräsident gewählt. In diesem Zusammenhang wird gern von Meilensteinen und historischen Augenblicken geredet, weil interessante neue Entwicklungen ohne begleitenden Theaterdonner derzeit offenbar nicht auskommen. Dabei müssten gerade die Anhänger dessen, was einst in Bonn als „rot-grünes Projekt“ begonnen hatte, wissen, dass Pathos fast immer Enttäuschung nach sich zieht. Das Bündnis in Baden-Württemberg ist ohnehin schon mit sehr hohen, vermutlich über-

höhten Erwartungen befrachtet. Was allerdings vor allem daran liegt, dass das Augenmerk der Öffentlichkeit stärker auf symbolträchtige Themen als auf langfristige Entwicklungen gerichtet ist. Beispiel Stuttgart 21. Sollte bei einer Volksabstimmung darüber das Quorum verfehlt werden, dann wäre das bitter für die Gegner des Bahnprojekts und heikel für die grün-rote Regierung. Aber zu einer Zerreißprobe oder gar zu einem Bruch der Koalition müsste das nicht führen. Denn die Frage, wie der Bahnhof von Stuttgart künftig aussehen wird, ist keine Schicksalsfrage – auch wenn manche Demonstranten eine solche Einschätzung für Häresie halten mögen.

Stuttgart 21 ist teuer, unsinnig, anachronistisch, und das Projekt wurde auf undemokratische Weise geplant. Aber wenn der Tiefbahnhof kommt, dann bedroht das nicht die Lebensgrundlage künftiger Generationen. Im Gegensatz, beispielsweise, zur kommerziellen Nutzung der Atomenergie. Sollten die Proteste gegen Stuttgart 21 erreicht haben, dass künftig derartige Mammutprojekte nicht mehr an der Bevölkerung vorbei geplant werden, dann wären sie selbst dann erfolgreich, wenn der Tiefbahnhof am Ende doch gebaut wird. Und sollte es der neuen Koalition in Baden-Württemberg im Rahmen der Möglichkeiten einer Landesregierung gelingen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dann hat sie einen Wählerauftrag erfüllt. Um Weichenstellung für die Zukunft geht es jetzt, nicht nur um die Korrektur von Fehlentscheidungen der Vergangenheit. Unter diesem Blickwinkel sind die Äußerungen von Winfried Kretschmann im Hinblick auf neue „Mobilitätskonzepte“ interessant. Er sollte daran gemessen werden, ob er das durch-

hält.

Großprotest gegen Atomkraft

ENERGIE Zehntausende demonstrieren zum Tschernobyl-Jahrestag

BERLIN taz | Mehr als 100.000 Menschen haben am Montag in Deutschland anlässlich des 25. Jahrestags der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl gegen Atomenergie protestiert und einen raschen Ausstieg verlangt. Am Kraftwerk Grohnde bei Hameln umzingelten über 10.000 AKW-Gegner das Gelände. Gegen das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld in Bayern gingen 15.000 auf der gegenüber liegenden Mainseite auf die Straße, bei Gundersheim waren es über 5.000. 10.000 protestierten am niedersächsischen Schacht Konrad, 15.000 waren es an der Urananlage im nordrhein-westfälischen Gronau. Demonstriert wurde auch an den AKWs Isar 1 und 2 bei Landshut und in Biblis. Insgesamt fanden Protestaktionen an zwölf AKW-Standorten statt. Die Zahl der Ostermarschierer an den Vortagen blieb vergleichsweise bescheiden. > Schwerpunkt SEITE 4, 5 > Meinung + Diskussion SEITE 12 > Kultur + Gesellschaft SEITE 15

Syrische Panzer schießen auf Zivilisten

AMMAN/DAMASKUS rtr/dapd | In Syrien versucht Staatschef Baschar al-Assad den Volksaufstand mit Gewalt zu brechen. Die Armee rückte am Montag mit Panzern in die Rebellenhochburg Deraa ein und beschoss Zivilisten. Schärfschützen waren auf den Dächern postiert. In den Straßen lagen Leichen. Auch in anderen Städten ging das Militär äußerst brutal gegen Zivilisten vor. Bei Razzien wurden zahlreiche Personen festgenommen. Syrien schloss die Grenze zum Nachbarland Jordanien. > Der Tag SEITE 2

